

# Angst vor Flughafen-Ausbau

In **Mönchengladbach** wittert man eine neue Chance für den Flugplatz-Ausbau. Die **Euphorie** beim Nachbarn bereitet in **Viersen** große **Sorgen**. Die Politik will eine Verlängerung der Start- und Landebahn nicht zulassen.

VON MICHAEL BRÖCKER  
UND ANDREAS REINERS

**VIERSEN** CDU-Ratsherr Fritz Meies brachte das Thema am Dienstagabend im Viersener Hauptausschuss unter Punkt „Verschiedenes“ zur Sprache. Meies, der auch Mitglied des Regionalrates bei der Bezirksregierung Düsseldorf ist, bezog sich auf die Berichterstattung der RP-Ausgabe Mönchengladbach. Fast ein Jahr, nachdem der Regionalrat mit einem Stimmenpatt den Ausbau des Gladbacher Flughafens ablehnte, könnte die Verlängerung der Start- und Landebahn eine neue Chance bekommen.

Der Flughafen Düsseldorf, Mehrheitseigner des Gladbacher Verkehrslandeplatzes, will in einer Gesellschaftsversammlung im September den Bedarf für den Ausbau feststellen. Düsseldorfs Oberbürgermeister Joachim Erwin, Aufsichtsratschef des Flughafens Düsseldorf und gleichzeitig Vorsitzender des Regionalrates, will das Thema möglichst schnell vom Tisch haben. In einem Entwicklungskonzept für die Zukunft des Düsseldorfer Airports ist der Gladbacher Flughafen offenbar als Ausweichquartier für den an Wachstumsgrenzen stoßenden Düsseldorfer Airport eingestuft. Das Gutachten soll anschließend an die Bezirksregierung weitergeleitet werden. Die Behörde, bei der das Planfeststellungsverfahren für den Ausbau anhängig ist, wartet seit mehr als einem Jahr auf eine Stellungnahme der Düsseldorfer Flughafenbetriebsgesellschaft.



Davon träumen die Befürworter der **Ausbaupläne** für den Mönchengladbacher **Flughafen**: Zahlreiche Chartermaschinen, die wie hier im Juni von **Mönchengladbach** aus in die Welt starten. RP-FOTO (ARCHIV: DETLEF ILGM)

Während Joachim Erwin in Optimismus macht, scheinen auch Politiker in Mönchengladbach von seiner Zuversicht angesteckt zu sein. Denn falls die Bezirksregierung das Planfeststellungsverfahren beschließen sollte, entsteht auch für den Regionalrat eine neue Situation. Das Gremium hatte im September vorigen Jahres mit einem Stimmenpatt die notwendige Änderung des Gebietsentwicklungsplanes (GEP), die Voraussetzung für den Flughafen-Ausbau ist, abgelehnt. Bei der Sitzung des Gremiums fehlten damals einige Mitglieder.

Während in Mönchengladbach Politiker nun auf eine Neuauflage des GEP-Änderungsverfahrens hoffen, wird gerade diese in Stadt und

## INFO

### Flughafen MG

**Eigentümer** Der Flughafen Düsseldorf, der jeweils zur Hälfte der Stadt Düsseldorf sowie Airport-Partners (Hochtief) gehört, hält 70 Prozent. 30 Prozent besitzt die Niederrheinische Verkehrs- und Versorgungsgesellschaft (NVV) Mönchengladbach.

**Kosten** Jährlicher Verlust vier bis fünf Millionen Euro. Der Ausbau soll 100 Millionen Euro kosten.

Kreis Viersen sehr kritisch gesehen. Die SPD-Kreistagsfraktion hatte bereits in der vorigen Woche eine

entsprechende Anfrage an Regierungspräsident Jürgen Büssow gestellt (die RP berichtete). Nun berichtete CDU-Mann Fritz Meies, dass die Mitglieder des Regionalrates für Mitte September zu einer Klausurtagung eingeladen seien. Ein Tagesordnungspunkt: Ausbau des Gladbacher Flughafens. Meies forderte im Hauptausschuss Bürgermeister Günter Thönnessen und alle Fraktionen auf, sich gegen den Ausbau einzusetzen. „Der Ausbau wäre für die Viersener Bürger eine Katastrophe“, meinte Meies. Der Bürgermeister versprach, entsprechende Gespräche zu führen. Er will auch den Landrat und die Bürgermeister der anderen Kommunen im Kreis mobilisieren.

## Viersens CDU weiter gegen Flughafen-Ausbau in MG



FOTO: ILGM

**VIERSEN/MÖNCHENGLADBACH** (RP) Der geplante Ausbau des Mönchengladbacher Flughafens soll Mitte September Thema bei einer Klausurtagung des Regionalrates sein. Dieses Gremium aus Politikern der Region hat im September 2005 eine für den Ausbau nötige Änderung des Gebietsentwicklungsplanes verhindert. Das Abstimmungsergebnis war knapp. Der Viersener CDU-Politiker Fritz Meies forderte jetzt Viersens Bürgermeister Günter Thönnessen (SPD) und die übrigen Parteien auf, weiter gegen den Ausbau zu kämpfen.